



DAS ROTE TUCH

FÜR EINE SOZIALISTISCHE ZUKUNFT

7. Oktober 2011

ArbeiterInnen aller Länder, vereinigen wir uns! (Karl Marx)

Preis: 0,50 €

Die Kapitalisten sollen ihre Krise selber zahlen!

Merkel hat die Katze aus dem Sack gelassen: „Wir müssen ganz dringend den Banken mit viel Geld helfen“, hat sie offen erklärt.

Alle Banken haben nämlich auf die Staatsschulden von EU-Staaten spekuliert. Jetzt aber sind viele Staatsschulden-Papiere riskant geworden oder nichts mehr wert.

Und ganz genau wie 2008 machen die Staaten nun „Rettungsschirme“, um den Banken ihre faulen Papiere abzukaufen, sie zu stabilisieren und ihnen frisches Geld zu verschaffen.

Dazu – und zu nichts anderem – dient auch der sogenannte „Euro-Rettungsschirm“, den sie gerade beschlossen haben. Doch der ist nur der Anfang. Merkel hat klipp und klar erklärt, dass das nicht reichen wird, dass auch die deutschen Banken noch weitere große „Finanzspritzen“ vom Staat brauchen. Wie viel, ist noch gar nicht absehbar.

Wieder einmal ist die Regierung also

bereit, die öffentlichen Kassen um weitere hunderte Milliarden (!) für die Banken zu verschulden. Und alle Parteien außer der Linken haben einträchtig dafür gestimmt. Alle, CDU, SPD, FDP und Grüne wollen den Banken ihre Gewinne sichern und dafür erneut der einfachen Bevölkerung weitere, gigantische Schulden aufhalsen.

Was das für Folgen für uns haben wird, brauchen wir uns leider nicht auszudenken. Sie werden noch heftiger und schneller Alles angreifen, womit sie aus der Bevölkerung noch ein paar Euro herausquetschen können.

Genau das erleben wir in all seiner Grausamkeit bereits in Italien, in Portugal, in England, in den USA... und wohl am schlimmsten in Griechenland. Hier wird die Bevölkerung im Namen der „Schuldenbekämpfung“ ins Elend gestoßen: Massenentlassungen, brutalste Senkung von Löhnen und Renten, Schließung von Schulen und Krankenhäusern, Privatisierungen...

Und in jedem Land erzählen sie uns, es ginge nicht anders. Wir Arbeitenden müssten uns daher verantwortungsbewusst zeigen, wir müssten die neuen Milliarden-geschenke an die Kapitalisten und die Einsparungen bei uns akzeptieren. Doch warum sollten wir akzeptieren, dass wir immer weiter in Arbeitslosigkeit und Armut gestürzt werden, nur damit die Reichen ständig frisches Geld zum Spekulieren bekommen und damit immer noch heftigere Krisen schaffen?

Die Arbeiterklasse hat jedes politische und moralische Recht, sich zu weigern, die Krise ihrer Ausbeuter zu bezahlen. Sie hat die Krise nicht verursacht. Sie ist es nicht, die diese Gesellschaft lenkt und von ihr profitiert.

Gerade jetzt muss sie für ihre Existenzgrundlage mit Zähnen und Klauen kämpfen – denn gerade in der Krise greifen die Kapitalisten besonders heftig an, um ihre Profite zu sichern.

Für die Arbeitenden gibt es nur eine Alternative zur Verelendung: Wenn sie durchsetzen, dass ausreichend Arbeitsplätze und vernünftige Löhne und Renten für Alle geschaffen werden. Und dass eine menschenwürdige, ausgebaute öffentliche und soziale Versorgung geschaffen wird, angefangen bei den Krankenhäusern, Altenheimen und Schulen.

Es wäre auch für die gesamte Menschheit besser, wenn der gesellschaftliche Reichtum dafür verwendet würde, statt für Spekulationen auf Weizen oder Staatsschulden. Gegen ihre Spar- und Rettungspläne für unsere Interessen zu kämpfen, ist damit das Verantwortungsbewussteste, was wir Arbeitenden für uns, die gesamte Gesellschaft und die Zukunft machen können.



Syrien: Eine Bevölkerung im Kampf gegen die Diktatur

Seit Mitte März – seit einem halben Jahr also – protestieren in Syrien Tag für Tag Zehntausende und Hunderttausende Menschen für mehr Freiheit und demokratische Rechte. Sie haben genug von der bitteren Armut und dieser Diktatur, die seit 50 Jahren ihr Leben bestimmt. Ihr Durchhaltevermögen ist umso beeindruckender, weil die Diktatur mit blutigster Repression gegen die Proteste vorgeht.

Mindestens 3000 Menschen sind seit Beginn der Proteste getötet worden, Tausende sind verhaftet oder werden vermisst. Immer grausamere Berichte von Folterungen und Tötungen kommen ans Tageslicht. Ganze Städte werden von der Armee abgeriegelt, beschossen und systematisch nach Systemgegnern durchkämmt.

Und trotz alledem: Die Bevölkerung macht weiter! Der Mut und der Wille zur Veränderung

ist so stark, das Vorbild der Bewegungen in Ägypten und Tunesien noch so lebendig, dass selbst diese Massaker die syrische Bevölkerung nicht davon abhalten können, weiter zu kämpfen. Im Gegenteil, jeder Tote und Verstümmelte ruft die Wut anderer hervor, die an seine Stelle treten. Und immer mehr Soldaten desertieren, weil sie nicht auf ihre Brüder und Schwestern

schießen wollen.

Die Proteste in Syrien begannen zur gleichen Zeit wie die in Libyen. Doch während die westlichen Staaten in Libyen innerhalb weniger Wochen aus dem ehemaligen Freund Gaddafi einen Feind machten und gegen ihn Krieg führten, verhalten sie sich in Syrien auffallend ruhig.



Ihr Mut und ihre Ausdauer ist beeindruckend: 6 Monate kämpfen in Syrien bereits Hunderttausende gegen die Diktatur - trotz der blutigen Antwort der Regierung

Erst jetzt, nachdem die Bevölkerung 6 Monate lang nicht aufhört zu kämpfen, fangen die westlichen Staaten an, sich von ihrem Freund, dem dortigen Diktator Assad zu distanzieren. Die EU hat nun einigen Funktionären des Regimes Einreiseverbot erteilt und ein paar Konten gesperrt – allerdings nicht mal das von Assad selber. Und sie haben ein Ölembargo beschlossen...

aber erst ab Mitte November! Zeit genug für die Ölkonzerne, die wichtigsten Geschäfte anders zu organisieren.

Offensichtlich wäre es Europa und den USA am liebsten gewesen, Assad hätte die Proteste schnell unterdrücken können und alles wäre beim Alten geblieben. Das letzte nämlich, was sich die westlichen Staaten und die Ölkonzerne wünschen, ist eine Bevölkerung, die Forderungen stellt, auf die Straße geht, kämpft ... und sich irgendwann vielleicht auch gegen die Kapitalisten und ihre Ausbeutung wendet. Der syrische Diktator hingegen war für die westlichen Staaten seit vielen Jahren ein Verbündeter, der in ihrem Sinn für Ruhe und Stabilität in dieser strategisch wichtigen, ölreichen Region gesorgt hat.

Heute, wo er diese Ruhe nicht mehr gewährleisten

kann, hätten die westlichen Staaten sicher gerne einen Ersatz für ihn. Doch – anders als in Libyen – haben sie bislang noch keinen gefunden. In Libyen gab es mit der sogenannten „Rebellenarmee“ eine politisch-militärische Kraft, die stark genug war, um auf der Protestwelle der Bevölkerung an die Macht zu kommen und eine neue Diktatur zu errichten. Die hat der Westen unterstützt.

E.ON: Wer ist hier Ballast?

Erst erfuhren die Beschäftigten der Düsseldorfer E.ON-Zentrale über eine E-Mail (!), dass E.ON bei ihnen 400 von 800 Arbeitsplätzen streichen will. Und dann bezeichnete der E.ON-Vorstand sie sogar noch öffentlich als „Ballast“, von dem man sich trennen müsse.

Die Düsseldorfer Kollegen sind die ersten, die von E.ONs Sparprogramm getroffen werden. Weltweit will E.ON 11.000 Arbeitsplätze vernichten und so 1,5 Milliarden Euro einsparen. Auf diese Weise sollen die Aktienkurse, die seit Fukushima gefallen sind, wieder

steigen... und die Aktionäre ihre saftigen Gewinne bekommen.

Da muss man nicht lange überlegen, wer hier wirklich der unnötige Ballast ist. Sicher nicht die Arbeitenden von E.ON, die mit ihrer Arbeit die Stromversorgung der Bevölkerung ermöglichen. Diese Kapitalisten hingegen, die in ihrer Profitgier Massenarbeitslosigkeit und gleichzeitig unerträgliche Arbeitshetze schaffen, die sind mehr als unnötiger Ballast – von dem wir Arbeitenden uns in der Tat dringend trennen müssen.

An dem Tag, wo die westlichen Staaten auch in Syrien einen solchen „würdigen“ Ersatz finden, werden sie vielleicht auch hier den jetzigen Diktator Assad endgültig fallen lassen und zum glühenden Verfechter einer angeblichen „demokratischen Veränderung“ werden.

Umso mehr sollte die mutige syrische Bevölkerung den Regierungen der angeblichen „Demokratien“ in Europa und den USA misstrauen. Ihren Weg zu wirklichen sozialen und politischen Veränderungen wird sie nur gegen die Herrschenden in ihrem Land und im Westen erkämpfen können.

Die Frage ist, wessen Schiff man entert

9% für die Piratenpartei – damit hatte niemand gerechnet. Am allerwenigsten die großen Parteien, die davon ausgegangen waren, dass in Berlin alles beim Alten bleibt. Doch dem war nicht so.

Die FDP schaffte es, noch schlechter abzuschneiden, als alle Voraussagen prophezeit hatten: 1,8%. Es gab wohl kaum einen Arbeitenden, der sich nicht über diesen Absturz der jungdynamischen FDP-Politiker Rösler und Co. gefreut hat. Mit ihrer offensichtlichen egoistischen Arroganz der „Bessergestellten“ und ihrer Verachtung für die Arbeitenden und Armen sind sie für viele wirklich das Symbol der verhassten Bundesregierung und ihrer Politik.

Die Menschen in Berlin haben neben dieser Regierung im Bundestag seit 10 Jahren eine rot-rote Landesregierung. Und so haben sie gleichzeitig erleben können, dass die SPD und auch Die Linke, wenn sie in der Regierung ist, genauso mit der ewigen Leier „Wir

müssen sparen, es gibt keine Alternative“ und einer arbeiterfeindlichen Sparpolitik kommen.

Die Piratenpartei mit ihren unkonventionellen und einfachen Kandidaten wirkte für Viele dagegen wie frischer Wind und wurde gerade für jüngere Wähler zum Mittel, ihren Protest gegen die etablierten Parteien auszudrücken.

Allerdings sind die alternativen, idealistischen Ziele der Piratenpartei auf sehr wenige Felder beschränkt. Die wesentlichen politischen Fragen der Arbeitenden, Arbeitslosigkeit, Arbeitshetze, sinkende Löhne und Renten oder die explodierenden Preise sind für sie keine wichtigen Themen. Das aber bedeutet, dass sie diese Fragen den großen Parteien überlässt, dass sie sich hier nicht von ihnen unterscheidet. Und deren Politik ist eine Politik im Interesse der Reichen, der Kapitalisten.

Gerade in diesen, für sie lebenswichtigen Fragen brauchen die Arbeitenden

ihre eigene Politik. Sie brauchen ihre eigenen Forderungen, mit denen sie ihre Interessen verteidigen, angefangen bei dem Grundlegendsten, das wir in dieser Gesellschaft brauchen: nämlich einen vernünftigen Arbeitsplatz und einen anständigen Lohn für Alle.

Die Arbeitenden können diese Forderungen nur GEGEN die Kapitalisten durchsetzen. Genau deshalb kann es keine gemeinsame Politik für Arbeiter und Unternehmer geben. Und jede Partei, die sich nicht eindeutig auf Seiten der Arbeitenden stellt, steht in diesen entscheidenden Fragen zwangsläufig auf der anderen Seite.

Nokia verbindet

Menschen... weltweit

10.500 Arbeitsplätze will Nokia weltweit abbauen und dabei ganze Werke schließen, darunter das Werk in Rumänien. Dessen Produktion wird vielleicht nach Asien verlagert.

2200 Arbeiter verlieren durch die Schließung des rumänischen Werks ihre Arbeit. Dabei war das Werk erst vor 3 Jahren von Bochum nach Rumänien verlagert worden, weil Nokia in Rumänien Subventionen bekam und mickrige Löhne zahlen konnte. Und 20 Jahre vorher war der finnische Konzern aus denselben Gründen nach Bochum gegangen: Weil sie auch hier öffentliche Subventionen bekamen und relativ niedrige Löhne zahlen konnten.

Die Unternehmen kennen keine Nationen und Grenzen: Sie ziehen von Land zu Land, beuten überall die Arbeitenden aus, greifen überall ihre Arbeitsplätze und Löhne an. Die Arbeitenden können sich gegen diese Heuschrecken nur wehren, wenn auch sie keine Nationen und Grenzen kennen, sondern sich gegen ihre gemeinsamen Ausbeuter für ihre Interessen gemeinsam wehren. Reichtum jedenfalls haben die Konzerne genug, um den Arbeitenden in allen Ländern Arbeitsplätze und vernünftige Löhne zu garantieren.

USA: Staatlich organisierter Mord



„Stoppt das staatliche Morden“

Am 21. September wurde Troy Davis, trotz einer weltweiten Kampagne gegen sein Todesurteil, in den USA hingerichtet.

Mehr als 20 Jahre verbrachte Troy Davis in der Todeszelle, obwohl mit den Jahren immer deutlicher wurde, dass er unschuldig an dem Verbrechen – dem Mord an einem weißen Polizisten – ist: Sieben von neun Zeugen haben die Aussage gegen ihn zurückgezogen und angegeben, dass sie von der Polizei unter Druck gesetzt worden waren. Materielle Beweise gab es erst recht nicht. Im Gegenteil: Neun

andere haben bezeugt, dass einer der beiden, die ihre Aussage nicht zurückgezogen haben, der Täter war, der sich sogar mit der Tat gerühmt haben soll.

Doch vor 20 Jahren musste schnell ein Schuldiger gefunden werden. Seitdem haben Troy Davis, seine Familie, seine Freunde gehofft, dass die offensichtliche Unschuld seine Hinrichtung verhindern und er endlich wieder in Freiheit gelangen würde. Doch keine offizielle Stelle hat einen Finger gerührt, um ihn vor dem Tode zu bewahren – auch nicht Präsident Obama.

So wurde Troy Davis ein weiteres Opfer der barbarischen Todesstrafe. Und die ist umso barbarischer, weil man sie nie mehr rückgängig machen kann – auch wenn jemand noch so unschuldig war. Dieses staatlich organisierte Morden muss aufhören!

Jetzt übernehmen wir!



20.000 junge Arbeiter aus ganz Deutschland sind am 1. Oktober dem Aufruf der IG Metall Jugend gefolgt und haben gegen Leiharbeit, Befristung und vor allem für eine unbefristete Übernahme aller Auszubildenden nach der Lehre demonstriert. Sie riefen: „Übernahme – Unbefristet“ und „Die Krise gehört euch – Die Zukunft gehört uns“. Für viele war es die erste große Demonstration in ihrem Leben. Sie entdeckten, dass sie nicht alleine

sind, dass die Arbeitenden in vielen Betrieben die gleichen Probleme und Interessen haben.

Noch am selben Tag erklärten die Unternehmer, die Forderung nach der unbefristeten Übernahme aller Azubis wäre unerhört. Das wäre ja „ein Eingriff in die Personalhoheit der Betriebe“, empörte sich Gabriele Sons vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall. Das Recht, über Einstellungen und Entlassungen zu entscheiden, liegt ihrer Meinung nach einzig beim Unternehmer.

Die Jugendlichen sehen das anders: Schließlich geht es um ihr Leben. Und da die Unternehmer nicht in der Lage sind, ihnen ausreichend Arbeitsplätze, vernünftige Arbeitsbedingungen und eine sichere Zukunft zu ermöglichen, müssen die Arbeitenden das offensichtlich selber übernehmen.

Nur eine von vielen...

100 Betroffene haben in Essen am 13.9. gegen die bundesweite Kürzungen der Arbeitsförderung protestiert: Allein in Essen stehen dadurch 1.000 ehemalige Langzeitarbeitslose, die in den geförderten Projekten wenigstens Arbeit bekommen haben, erneut vor dem Nichts. Eines dieser Projekte, das zum Ende des Jahres abgeschafft wird, ist die „Mobile Bahnmissionsmission“. Sie begleitet Menschen, die blind sind, im Rollstuhl sitzen oder aus anderen Gründen auf Hilfe angewiesen sind. Sie bringt sie zum Zug, zum Fahrscheinautomat, zum Ausgang. Für die Betroffenen fällt diese so wichtige Hilfe weg, die ihnen etwas Eigenständigkeit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Und für die Langzeitarbeitslosen, die hier eine Stelle fanden, heißt es: zurück in HartzIV.

Das ist nur eine der vielen bitteren Folgen des 80-Milliarden-Sparpakets, mit dem die Regierung vor allem bei den Schwächsten und Ärmsten spart... weil sie sich für die Banken 2009 so hoch verschuldet hat.

Gefährliche Spurviren im Trinkwasser

Der TÜV-Rheinland hat in zehn Großstädten, darunter in Essen und Düsseldorf, die Sauberkeit des Trinkwassers in öffentlichen Gebäuden kontrolliert. Das erschreckende Ergebnis: In der Hälfte der Wasserproben aus Altenheimen, Krankenhäusern, Unis oder Bahnhöfen fanden sich zum Teil starke Belastungen durch Keime und Bakterien, darunter nicht selten Bakterien, die Magen- und Darmkrankheiten verursachen.

Laut dem TÜV sind vor allem zwei Sparmaßnahmen für diese hohe Belastung verantwortlich: Man spart an den Reinigungskräften, wodurch seltener geputzt wird und sich mehr Keime an den Wasserhähnen sammeln. Auch wurde der Wasserdruck in den Leitungen gesenkt, wodurch sich schnell schmierige Ablagerungen als Nährboden für Keime bilden können. Gefährlich ist die Keimbelastung vor allem für Ältere und Kranke. Sie sind die Opfer einer Sparpolitik, die manchmal gerade da schlimme Auswirkungen hat, wo man es mit bloßem Auge nicht sieht.

Griechische Verhältnisse in Oberhausen

Die rot-grüne Landesregierung will das Prinzip der „Griechenland-Hilfen“ jetzt auf NRW übertragen. Die 34 überschuldeten Städte, denen vor Schulden das Wasser bis zum Hals steht, sollen eine Zeit lang Zuschüsse vom Land bekommen. Diese Zuschüsse sollen sie eine Zeit lang retten – aber nur unter der Bedingung, dass die Städte nun „eisern sparen“, um angeblich von den Schulden runter zu kommen. Doch die Sparanforderungen der Landesregierung sind so hoch, dass die betroffenen Städte sich regelrecht kaputt sparen müssten.

Für Oberhausen bedeutet das zum Beispiel, dass die Stadt zwar 45 Millionen Euro Hilfen vom Land bekommt, dafür aber 115 Millionen Euro jährlich einsparen muss. 115 Millionen aber ist so viel, wie die Stadt für den Lohn aller städtischen Beschäftigten bezahlt. Wenn sie einen solchen Betrag einsparen soll, müsste sie also eigentlich ALLE Arbeitenden der Stadt und der städtischen Betriebe entlassen, oder ähnlich wahnsinnige Einsparungen durchführen!

Und das in einer Stadt, wo schon seit 25 Jahren immer neue Sparpläne das öffentliche Leben einschränken: wo schon 27 Prozent der ehemals 4820 städtischen Arbeitsplätze gestrichen wurden, wo schon 4 der 7 Schwimmbäder geschlossen wurden, wo kein Bus mehr öfter als alle 20 Minuten fährt... während die Banken weiter die saftigen Zinsen für die städtischen Schulden kassieren.

Bei jedem Sparplan hieß es: „Wir müssen sparen, um die Schulden der Stadt zu verringern.“ Doch die vernichteten Arbeitsplätze und verschlechterte öffentliche Versorgung haben die Schulden nicht einmal in Ansätzen verringert... Und trotzdem fällt ihnen wieder nichts anderes ein, als der Bevölkerung nun noch weitere, noch drastischere Einsparungen aufzuzwingen. Und das nennen sie dann „Hilfspaket“ – wie in Griechenland.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH - Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0157 – 76493485